

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Borken

Sitzungstermin: Mittwoch, 03.02.2016
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:15 Uhr
Raum, Ort: Großer Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzende:

Schulze Hessing, Mechtild Bürgermeisterin

CDU:

Aehling, Bernadette	Stadtverordnete	
Böhr, Benjamin	Stadtverordneter	ab 17.10 Uhr (TOP 3)
Borchers, Harald	Stadtverordneter	
Börger, Hubert	Stadtverordneter	ab 17.25 (TOP 7)
Fellerhoff, Jürgen	Stadtverordneter	
Flasche, Bernd	Stadtverordneter	
Keller, Viktoria	Stadtverordnete	
Klöpffer, Hendrik	Stadtverordneter	
Kohlruss, Günter	Stadtverordneter	
Kranenburg, Marius	Stadtverordneter	
Lansmann, Markus	Stadtverordneter	
Niehoff-Elsing, Birgitta	Stadtverordnete	
Nikolov, Nico	Stadtverordneter	
Queckenstedt, Klaus	Stadtverordneter	
Richter, Frank	Stadtverordneter	
Rottbeck, Paul	Stadtverordneter	
Stork, Günter	Stadtverordneter	
Stumpf, Hubert	Stadtverordneter	
Tautz, Jürgen	Stadtverordneter	
Tubes, Mike	Stadtverordneter	

SPD:

Biela, Claudia	Stadtverordnete
Eggern, Dieter	Stadtverordneter
Fritz-Hummelt, Ulrike	Stadtverordnete
Kaiser, Michael	Stadtverordneter

Kindermann, Evegret	Stadtverordnete
Kindermann, Kurt	Stadtverordneter
Niemeyer, Jürgen	Stadtverordneter

UWG:

Ebbing, Brigitte	Stadtverordnete	
Koop, Stephan	Stadtverordneter	ab 17.30 Uhr (TOP 9)
Spangemacher, Christoph	Stadtverordneter	

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Becker, Maja	Stadtverordnete	bis 18.45 Uhr (TOP 21)
Brauckhoff, Julian	Stadtverordneter	
Gliem, Helga	Stadtverordnete	
Wingenter, Sigrid	Stadtverordnete	

Fraktionsloses Mitglied:

Nitsche, Bastian	Stadtverordneter
Westermann, Hartwig	Stadtverordneter

Gäste:

Kammler, Karsten	zu TOP 7
Nießing, Norbert	

Ortsvorsteher/in:

Finke, Alfons
Gantefort, Thomas
Schwane, Walter
Wendholt, Irmgard

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Bücker, Ludger	Fachbereichsleiter	bis TOP 17
Hoffboll, Katja	Fachbereichsleiterin	
Kuhlmann, Jürgen	Techn. Beigeordneter	
Lask, Markus	Leiter Büro des Bürgermeisters	
Nagel, Monika	Fachbereichsleiterin	
Schnelting, Alfons	Fachbereichsleiter	

Schriftführerin:

Wensing, Franziska

Es fehlen entschuldigt:

Grotzky, Hartmut	Stadtverordneter
Weddeling, Heinrich	Stadtverordneter

Abgewickelte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 Vereidigung und Einführung des Ersten Beigeordneten Norbert Nießing sowie Bestellung zum Allgemeinen Vertreter der Bürgermeisterin
Vorlage: V 2016/026
- 4 Anzeige von Nebentätigkeiten für das Jahr 2015
Vorlage: V 2016/024
- 5 Veränderte Besetzung der Mitglieder im Ausschuss für Jugend und Familie (AJF)
Vorlage: V 2016/034
- 6 Veränderte Besetzung der Mitglieder im Ausschuss für Kultur, Schule und Sport (AKS)
Vorlage: V 2016/017
- 7 Öffentliches WLAN im Stadtgebiet Borken via Freifunk; Antrag von B90/Die Grünen vom 12.11.2015
Vorlage: V 2016/025
- 8 Budgetbericht zum 31.12.2015
Vorlage: V 2016/029
- 9 Bebauungsplan BU 22 (Engeland Esch), 2. Verlängerung einer Veränderungssperre gemäß §§ 14, 16 und 17 BauGB
Vorlage: V 2015/263
- 10 Neubau des Umkleidegebäudes der SG Borken e.V.
Vorlage: V 2016/032
- 11 Bodensanierung für Kinderspielplatz Holthausener Str.
Vorlage: V 2016/033
- 12 Förderschule des Kreises am Standort in Bocholt - Schülerfahrkosten
Vorlage: V 2016/037
- 13 Sachstandsbericht Flüchtlingssituation in Borken
- 14 Neubestellung der Landschaftswacht
Vorlage: T 2016/001
- 15 CDU-Antrag - Katzen in Borken - Änderung des Landesjagdgesetzes
- 16 Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW zur Sicherung des Schulwegs in Weseke, Kreuzung Borkenwirtherstraße/Königsweg/Friedhofstraße
- 17 Mitteilungen und Anfragen

17.1 INTERREG-Projekt Deutschland-Niederlande

Öffentlicher Teil**zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Bürgermeisterin Schulze Hessing eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Borken und stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Der nichtöffentliche TOP „Bodensanierung für Kinderspielplatz Holthausener Str.“ soll im öffentlichen Teil der Sitzung beraten werden, da er von öffentlichem Belang sei. Als neuer TOP 14 der Sitzung werde die Tischvorlage „Neubestellung der Landschaftswacht“ vorgeschlagen. Weiter soll als TOP 15 der von **Stv. Richter** vorgetragene CDU-Antrag für einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung zur Berichterstattung über die Auswirkungen des neuen Landesjagdgesetzes, insbesondere im Hinblick auf gefangene Katzen, auf die Tagesordnung kommen. Außerdem schlägt **Bürgermeisterin Schulze Hessing** als TOP 16 den Bürgerantrag nach § 24 GO der Eltern der Roncalli-Schüler zur Verweisung an den Fachausschuss in heutiger Sitzung vor, der ebenfalls als Tischvorlage ausgelegt sei. Es werden keine Bedenken gegen die so geänderte Tagesordnung erhoben.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

keine

**zu 3 Vereidigung und Einführung des Ersten Beigeordneten Norbert Nießing sowie Bestellung zum Allgemeinen Vertreter der Bürgermeisterin
Vorlage: V 2016/026**

Bürgermeisterin Schulze Hessing führt Herrn Norbert Nießing als Ersten Beigeordneten der Stadt Borken und Allgemeinen Vertreter der Bürgermeisterin in das Amt zum 15.02.2016 ein. Herr Nießing leistet den Diensteid durch Nachsprechen der Eidesformel. Herr Nießing erklärt, sich der Herausforderung für dieses Amt bewusst zu stellen und die anstehenden Aufgaben gemeinsam mit dem Rat, dem Verwaltungsvorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Borken zum Wohle der Stadt Borken anzugehen. Nach den Gratulationen lässt **Bürgermeisterin Schulze Hessing** abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken bestellt Herrn Ersten Beigeordneten Norbert Nießing mit Dienstbeginn bei der Stadt Borken zum allgemeinen Vertreter der Bürgermeisterin. Ihm wird die nach der Eingruppierungsverordnung rechtlich zulässige höchstmögliche Aufwandsentschädigung gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

35 Ja-Stimmen

zu 4 Anzeige von Nebentätigkeiten für das Jahr 2015
Vorlage: V 2016/024

zu 5 Veränderte Besetzung der Mitglieder im Ausschuss für Jugend und Familie (AJF)
Vorlage: V 2016/034

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Borken nimmt zur Kenntnis, dass nun folgendes beratendes Mitglied im Ausschuss für Jugend und Familie vertreten sein wird:

AJF

Kreisdekanat Borken

beratendes Mitglied:	stellvertretendes Mitglied:
Matthias Winter	nicht vorhanden

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

35 Ja-Stimmen

zu 6 Veränderte Besetzung der Mitglieder im Ausschuss für Kultur, Schule und Sport (AKS)
Vorlage: V 2016/017

Stv. K. Kindermann bittet um Erläuterung zu den beratenden Mitgliedern des AKS.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass die Ausschussbesetzung jeweils zu Beginn einer Wahlperiode beschlossen werde. In diesem Fall handele es nicht um eine funktionelle, sondern ausschließlich personelle Änderung.

Stv. K. Kindermann erkundigt sich nach den weiteren Vertretern.

Bürgermeisterin Schulze Hessing sagt entsprechende Auskunft über das Protokoll zu. (Anlage 01)

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Borken nimmt zur Kenntnis, dass nun folgendes beratendes Mitglied im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport vertreten sein wird:

AKS

Kreisdekanat Borken

beratendes Mitglied:	stellvertretendes Mitglied:
Kanonikus Albert Lüken	nicht vorhanden

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

35 Ja-Stimmen

**zu 7 Öffentliches WLAN im Stadtgebiet Borken via Freifunk; Antrag von
B90/Die Grünen vom 12.11.2015
Vorlage: V 2016/025**

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert die Vorlage aufgrund des Antrags von Bündnis'90/Die Grünen zum öffentlichen WLAN im Stadtgebiet Borken durch Freifunk. Im Gespräch mit der Stadt Moers habe man sich über WLAN mittels Freifunk informiert und einen Vorschlag erarbeitet, um dieses Freifunk-Modell auch in Borken umzusetzen. Auch die Stadt Bocholt beschäftige sich aktuell mit dieser Thematik. Es solle ein Betrag von 5.000 € zur Verfügung gestellt werden und möglichst viele Sponsoren gewonnen werden, um ein möglichst flächendeckendes Freifunknetz auch in den Ortsteilen zu schaffen. Bei Aufenthalt im Freien solle in den kommenden Monaten die WLAN-Nutzung eine Selbstverständlichkeit werden.

Stv. Gliem freut sich über die zügige Umsetzung des B'90/Die Grünen-Antrags. Seit August/September letzten Jahres verfüge ihre Geschäftsstelle über Freifunk und man habe gute Erfahrungen damit gemacht. Ab 22.00 Uhr werde dieses ausgeschaltet, damit die Nachbarn nicht von Freifunk-Nutzern belästigt würden. Insofern gebe es nur positive Rückmeldungen.

Stv. Kranenburg steht der Idee grundsätzlich positiv gegenüber und kommt auf den Sicherheitsaspekt zu sprechen. So sehe er das Problem, dass illegale Inhalte nicht rückverfolgt werden könnten und Missbrauch möglich sei. Daher werde er sich der Stimme enthalten.

Bürgermeisterin Schulze Hessing verweist auf die entsprechenden Ausführungen auf Seite 3 und 4 der Vorlage.

Auch **Stv. Kindermann** sieht es als kritisch an, dass unbegrenzt Inhalte ins Internet eingestellt oder heruntergeladen werden könnten. Auch seine Fraktion habe gute Erfahrungen gemacht und stelle ein Teil seines Breitbandes für Freifunk zur Verfügung.

Stv. Ebbing erkundigt sich zu Punkt 3 des Beschlussvorschlags, wieweit die Prüfungen in den städtischen Unterkünften fortgeschritten seien, da Nachbarn eine Nutzung ihres Internet durch Flüchtlinge nur ungern dulden würden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing weist darauf hin, dass im Butenwall WLAN eingerichtet sei, was die Situation entschärfe. WLAN über Freifunk stelle eine

zusätzliche Entlastung dar. Das Freifunk-Internet werde aber nicht vorrangig für Flüchtlinge eingerichtet, sondern diene der Attraktivitätssteigerung der Innenstadt.

Ortsvorsteherin Wendholt weist auf die Einrichtung von WLAN aufgrund einer Privatinitiative im Ortsteil Weseke hin.

Bürgermeisterin Schulze Hessing bedankt sich für diese Unterstützung und stellt Herrn Karsten Kammler als Vertreter des Freifunk vor, der für Fragen zur Verfügung stehe.

Herr Kammler erläutert, dass er in Borken und Gemen Freifunk bekannter machen möchte und das Freifunk-Internet vorrangig zur Kommunikation gedacht sei und nicht um Datenvolumen herunterzuladen. So könne das Datenvolumen auf eine bestimmte Menge beschränkt werden.

Stv. K. Kindermann weist darauf hin, dass die grundsätzliche Möglichkeit bestehe, illegale Inhalte einzustellen oder zu nutzen.

Herr Kammler erklärt, Ziel sei es, ein freies Netz zur Verfügung zu stellen. Es gehe nicht darum, Daten zu zensieren.

Bürgermeisterin Schulze Hessing betont, das Risiko sei vorhanden und werde gesehen.

Stv. Kranenburg befürchtet, wer mit illegalen Inhalten umgehe, könne seine privaten Leitungen vernachlässigen und dafür Freifunk nutzen.

Herr Kammler meint, auch in Holland würden solche Inhalte nicht rückverfolgt.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, es gebe Risiken, die mit den Chancen abzuwägen seien.

Herr Kammler betont, dass es bisher durch Freifunk zu keinem Gerichtsverfahren gekommen sei.

Herr Lask macht darauf aufmerksam, dass es Freifunkserver gebe, die keine Logs ausführen. Freifunk werde sogar durch die Landesregierung unterstützt und die Staatskanzlei sei mit Freifunk ausgestattet. Das Thema Sicherheit sei nicht zu vernachlässigen, solle aber auch nicht im Vordergrund stehen. Bisher seien keine negativen Erfahrungen in den Kommunen in dieser Hinsicht bekannt.

Stv. Gliem kommt auf die eigenen Erfahrungen zu sprechen. WLAN-Nutzern vor der Geschäftsstelle stehe automatisch Freifunk zur Verfügung. In der Geschäftsstelle wähle man den eigenen Router. Mit dem Handy könne man weder Daten hoch- noch runterladen.

Herr Kaiser erläutert, dass unabhängig von dem Zugang ins Internet jeder Handynutzer über seine MAC-Adresse (Media-Access-Control-Adresse) zu identifizieren sei.

Stv. K. Kindermann kündigt an, dass innerhalb seiner Fraktion unterschiedlich abgestimmt werde.

Stv. Richter erkundigt sich, ob die Laufzeit für Freifunknutzung begrenzt sei, was Bürgermeisterin Schulze Hessing verneint.

Stv. Richter meint, dass die Risiken nicht zu verharmlosen seien und auf der anderen Seite die Chancen für das Stadtmarketing zu sehen seien.

Bürgermeisterin Schulze Hessing versichert, dass negative Erfahrungen mit Freifunk der Politik berichtet würden.

Stv. Biela regt einen Sachbericht nach zwei Jahren Freifunknutzung an.

Bürgermeisterin Schulze Hessing schlägt eine entsprechende Ergänzung des Beschlussvorschlags vor.

Stv. Richter meint, das ehrenamtliche Engagement der Freifunker sei zu würdigen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing sagt Überprüfung des Freifunk-Internets über längere Zeit zu. Man gehe von einem positiven Ergebnis aus.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beschließt:

1. Die Stadt Borken unterstützt das starke bürgerschaftliche Engagement der Freifunkinitiative Münsterland.

Zu diesem Zweck soll ein Betrag in Höhe von 5.000 € zur Verfügung gestellt werden, damit u.a. ca. 100 leistungsstarke WLAN-Router beschafft und mit der notwendigen Firmware ausgestattet werden können. Mit Hilfe dieser Router soll der Ausbau eines offenen WLANs in Borken beschleunigt werden. Durch die kostenlose Bereitstellung wird ein zusätzlicher Anreiz geschaffen, sich an der Initiative zu beteiligen.

2. Die Borkener Wirtschaftsförderung soll die Freifunkinitiative Münsterland insbesondere bei der Ansprache von Borkener Gewerbetreibenden, Institutionen, Vereinen wie auch Privatpersonen in allen Ortsteilen aktiv begleiten.
3. Darüber hinaus soll die Verwaltung, die vorhandenen kommerziellen WLAN-Angebote auf Freifunk umstellen. Die Einsatzmöglichkeiten in weiteren städtischen Gebäuden - u.a. in Übergangwohnheimen - sollen geprüft werden.
4. In zwei Jahren wird ein entsprechender Erfahrungsbericht vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Annahme bei:

34 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen

zu 8 Budgetbericht zum 31.12.2015
Vorlage: V 2016/029

Stv. Biela erkundigt sich nach der Mehrauszahlung von 292.000 € für den Busbahnhof.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, es handele sich lediglich um eine zeitliche Verlagerung der Zahlung, weil der Bau schneller als erwartet fortgeschritten sei und nicht um Mehraufwendungen aufgrund erhöhter Kosten.

**zu 9 Bebauungsplan BU 22 (Engeland Esch), 2. Verlängerung einer
Veränderungssperre gemäß §§ 14, 16 und 17 BauGB
Vorlage: V 2015/263**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beschließt aufgrund der §§ 14, 16 und 17 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes BU 22 (Engeland Esch) die Geltungsdauer der am 07.03.2013 in Kraft getretenen Veränderungssperre um ein weiteres Jahr auf insgesamt vier Jahre zu verlängern (**Anlage 02**).

Abstimmungsergebnis:

Annahme bei:

32 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

**zu 10 Neubau des Umkleidegebäudes der SG Borken e.V.
Vorlage: V 2016/032**

Stv. Rottbeck erklärt, dass der Tilgungszuschuss in Höhe von 19.100 € beauftragt werden sollte. Durch den geringeren Energieverbrauch und die CO₂ Reduktion werde ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Beschluss:

Für die Finanzierung des Neubaus eines Umkleidegebäudes im Sportzentrum "Im Trier" nach dem EH-Standard 55 wird ein Darlehen der KfW im Programm 217 „IKK – Energieeffizient Bauen und Sanieren“ in Höhe von ca. 1.003.900 Euro aufgenommen. Der Zinssatz beträgt derzeit 0,05 % bei einer Zinsbindung von 10 Jahren. Die Gesamtlaufzeit des Darlehens beträgt 20 Jahre bei einem tilgungsfreien Jahr.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

37 Ja-Stimmen

**zu 11 Bodensanierung für Kinderspielplatz Holthausener Str.
Vorlage: V 2016/033**

Bürgermeisterin Schulze Hessing führt in die Vorlage zur Bodensanierung für den Kinderspielplatz Holthausener Str. ein, die aufgrund öffentlichen Interesses im öffentlichen Teil der Sitzung beraten werde.

Stv. Richter erklärt sich für seine Fraktion mit dem Beschlussvorschlag einverstanden. Da es um sehr sensible Bodenanforderungen für einen Kinderspielplatz gehe, seien hier die erheblichen Aufwendungen notwendig, um die Kontaminierung des Bodens zu entfernen.

Stv. Stumpf schlägt für diesen Kinderspielplatz eine Gestaltungsplanung z. B mit einem Bolzplatz vor.

Bürgermeisterin Schulze Hessing will diese Anregung an den zuständigen Ausschuss weiterleiten. An der Gestaltung des Spielplatzes würden die Anlieger beteiligt, um die Bedürfnisse in Erfahrung zu bringen und diese dann im Umwelt- und Planungsausschuss und Ausschuss für Jugend und Familie vorzustellen.

Stv. K. Kindermann erkundigt sich nach den Grundstücksverhandlungen im Hinblick auf die Altlasten. Da Kinder im Sand u. U. tief graben, sei über eine Abdeckung in einer bestimmten Bodentiefe nachzudenken.

Techn. Beigeordneter Kuhlmann erläutert, grundsätzlich sei den gesetzlichen Anforderungen zu genügen. Er legt Wert darauf, dass die Kontamination möglichst vollständig entfernt werde, um Sicherheit unabhängig von der Nutzung der Flächen zu erhalten. Ein Vlies in der Tiefe anzubringen, verursache darüber hinaus keine hohen Kosten, so dass er diesen Vorschlag unterstütze.

Weiter erkundigt sich **Stv. K. Kindermann** nach der Art der Fabrikation auf diesen Gewerbeflächen.

Techn. Beigeordneter Kuhlmann benennt ursprünglich Schuhfabrikation, später auch Kunststoff- und Metallverarbeitung. Bei derartigen Sanierungen sei mit Überraschungen in Boden und Wasser zu rechnen.

Stv. Ebbing kommt auf den Vorschlag von Stv. Stumpf zurück und fragt, ob bei einer Nutzung als Bolzplatz ebenfalls umfänglich zu sanieren sei. Ihre Fraktion sei jedoch nicht dagegen, andererseits sei die aufwendige Sanierung bei einer Rasenfläche möglicherweise entbehrlich.

Techn. Beigeordneter Kuhlmann weist darauf hin, dass die Nutzung der Fläche im Einzelnen noch zu klären sei. Um Sicherheit für bebaute und unbebaute oder auch Kinderspielplatz und Bolzplatz zu haben, solle die Kontamination insgesamt entfernt werden, um frei planen zu können.

Stv. Gliem fragt, ob eine Tiefe von 20 bis 40 cm auszukoffern sei.

Techn. Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dies lasse sich letztlich erst bei den Baggerarbeiten entscheiden. Der Kostenrahmen sei dabei einzuhalten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beschließt, dass die von Dues erworbenen Flächen jetzt für einen Gesamtbetrag von ca. 90.000 € vollständig in der Weise saniert werden, dass die Flächen nördlich des Fußweges künftig für Wohnbauzwecke genutzt werden können und südlich des Weges ein Kinderspielplatz angelegt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme:

37 Ja-Stimmen

zu 12 Förderschule des Kreises am Standort in Bocholt - Schülerfahrkosten
Vorlage: V 2016/037

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert die nachgereichte Vorlage aufgrund der zwischenzeitlich geänderten Beschlusslage durch den Kreis Borken. Demnach habe der Kreistag den Beschluss gefasst, die Schulträgerschaft für die Förderschule in Bocholt mit dem Teilstandort in Ahaus zum 01.08.2016 zu übernehmen und die Vereinbarungen über die Kostenbeteiligung der kreisangehörigen Kommunen entsprechend den Schülerzahlen zu treffen.

Stv. Queckenstedt schlägt als Vorsitzender des zuständigen Ausschusses vor, den Beschlussvorschlag um Ziffer 4 des in Ausschuss und Rat seinerzeit gefassten Beschlusses zu ergänzen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing konkretisiert, die in Ziffer 4 des Beschlusses genannten Modalitäten seien nach Möglichkeit vom Kreis Borken umzusetzen.

Stv. K. Kindermann fragt, ob es sich um einen endgültigen Beschluss zur Förderschule handele oder noch eine weitere Vorlage zur Förderschule folge.

Bürgermeisterin Schulze Hessing verneint. Der Kreis habe den Vorschlag gemacht, im Umlageverfahren pro Schule und Schüler abzurechnen. Die übrigen Kommunen hätten diesem Verfahren zugestimmt. Da der Rat der Stadt Borken bisher einen abweichenden Beschluss gefasst habe, sei in dieser Sitzung erneut darüber zu beraten und zu beschließen, damit dem Kreis Borken der angepasste Beschluss mitgeteilt werden könne.

Stv. K. Kindermann meint, wenn der Kreis unserem Beschluss nicht folge, könne man nicht zustimmen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing klärt das Missverständnis auf. Der Kreis Borken biete an, die Fahrtkosten für die beteiligten Kommunen abzurechnen. Für die Stadt Borken liege ein abweichender politischer Auftrag vor. Da es für sinnvoll gehalten werde, dass der Kreis Borken diese Aufgabe übernehme, sei für Borken erneut abzustimmen. Dabei sollten die unter Ziffer 4 der damaligen Ratssitzung beschlossenen

Punkte beachtet werden. Da der Kreis über einschlägige Erfahrungen verfüge, könne er diese Aufgabe bestmöglich für die Förderschule Bocholt erfüllen.

Stv. Niemeyer weist darauf hin, dass die Stadt Borken Einflussnahme in das Beförderungsangebot durch den Kreis Borken beschließen müsse.

Bürgermeisterin Schulze Hessing geht davon aus, dass der Kreis Borken eine akzeptable Beförderung zur allgemeinen Zufriedenheit schaffen werde. Falls es Probleme gebe, werde erneut darüber beraten. Ziffer 4 des bisherigen Beschlusses solle ergänzt werden und sei möglichst umzusetzen.

Stv. Ebbing fragt, ob für Bocholt die gleiche Berechnungsgrundlage wie für andere Kommunen entsprechend der jeweiligen Schülerzahlen der Schule gelte, was **Bürgermeisterin Schulze Hessing** bejaht.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und stimmt der Organisation und Durchführung der Schülerbeförderung durch den Schulträger Kreis Borken zu.

Die in der Stellungnahme der Schulkonferenz der Johannesschule vom 09.02.2015 unter Ziffer 3 aufgeführten nachstehenden Forderungen werden erfüllt:

„Die Schulkonferenz der Johannesschule fordert nachdrücklich, dass die Rahmenbedingungen sowohl für die Schüler, die eine Förderschule besuchen als auch für die Förderschüler im Gemeinsamen Lernen an den Regelschulen kindgerecht sind und den individuellen Förderbedürfnissen entsprechen. Dazu gehören:

- eine akzeptable Gestaltung der Schülerbeförderung
- Vereinbarungen zu Fahrtkostenregelungen auch über Kreisgrenzen hinaus
- Klarheit über Aufnahmemöglichkeiten von Förderschülern der jetzigen Klassen 6 – 8 in Regelschulen
- eine gute sächliche, personelle und räumliche Ausstattung der integrativ arbeitenden Regelschulen“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

37 Ja-Stimmen

zu 13 Sachstandsbericht Flüchtlingssituation in Borken

Bürgermeisterin Schulze Hessing berichtet, dass Innenminister Jäger ihr Schreiben zur Flüchtlingssituation noch nicht persönlich beantwortet habe. Von der Bezirksregierung Münster liege inzwischen die Nachricht vor, dass die Zuweisung von Flüchtlingen an die Kommunen für einige Zeit ausgesetzt werde, ausgenommen seien die Kommunen, die ihre Quote bisher nicht erfüllt hätten. Die Stadt Borken habe die Quote mehr als erfüllt, so dass für Februar keine weiteren Zuweisungen zu erwarten

seien. Da die Notunterkunft der Schönstatt-Au Ende Februar schlieÙe, werde die Zahl der dort untergebrachten bis zu 230 Flüchtlinge entsprechend angerechnet.

Herr Thies ergänzt, dass die Aussetzung der Zuweisungen zur Aufarbeitung der Fälle in der Asylstelle und des Umzugs in das ehemalige Bürgerbüro dringend erforderlich sei. Wie in der Presse zu lesen gewesen sei, würden viele Asylbewerber nicht in Borken bleiben, sondern weiter reisen. Der Verbleib dieser Flüchtlinge sei nicht bekannt. **Herr Thies** stellt die gegenwärtige Situation der Flüchtlinge in Borken anhand einer Präsentation vor.

Bürgermeisterin Schulze Hessing nimmt an, dass in 2016 noch mit vielen Flüchtlingen zu rechnen sei. Eine dezentrale Unterbringung sei nicht in kurzer Zeit zu schaffen. Die Unterkunft am Beckingsweg sei fast fertig und werde der Presse vorgestellt. Hier hätten ursprünglich alleinlebende Männer gewohnt und inzwischen junge Familien und Paare.

Bürgermeisterin Schulze Hessing teilt mit, dass sie den „Refugee guide“ persönlich in der Unterkunft Butenwall verteilt habe. Auch über die Karnevalstage, die für viele Flüchtlinge völlig fremd seien, habe man informiert. Es gebe regelmäßige Gespräche mit der Polizei, um etwaige Maßnahmen miteinander abzustimmen. Speziell für die Karnevalstage wie für die kommende wärmere Jahreszeit sei der Sicherheitsdienst für die Innenstadt eingesetzt. Es gebe einige erfreuliche Rückmeldungen, dass die Stadt Borken die Situation bisher gut meistere.

Stv. Krankenburg erkundigt sich zum Zuweisungsstopp, ob es einen Schlüssel einer regulierten Zuweisung gebe.

Bürgermeisterin Schulze Hessing bedauert, über Art und Zahl der Zuweisungen keine Kenntnis zu haben. Entsprechend dem Schlüssel solle die Verteilung auf die Kommunen erfolgen, jedoch würden die größeren Städte ihre Quote bei weitem nicht erfüllen. Der Städte- und Gemeindebund suche einen Konsens und drohe mit der Aufkündigung der Flüchtlingshilfe, wenn die ungerechte Verteilung andauere. In diesem Zusammenhang verweist Bürgermeisterin Schulze Hessing auf den Regionalen Flüchtlingsgipfel mit Innenminister Jäger am 25.02.2016.

Techn. Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass zunächst die kreisfreien Städte ihre Quote zu erfüllen hätten. In den Großstädten sei es ein großes Problem in der geforderten Anzahl von 2,5 % der Bevölkerung Unterkunft für Flüchtlinge zu schaffen. Für Borken sei ab März, wenn die Notunterkunft der Schönstatt-Au geschlossen sei, mit weiteren Zuweisungen zu rechnen.

Herr Thies konkretisiert, dass mit 20 % mehr Flüchtlingen pro Monat zu rechnen sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing verweist auf die im Januar durchgeführten Umzüge der 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus für die Einrichtung der Asylstelle in den ehemaligen Büros des Bürgerbüros. Es seien Kosten in Höhe von geschätzt 60.000 € entstanden. **Bürgermeisterin Schulze Hessing** bedankt sich ausdrücklich bei den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Stv. Richter erkundigt sich nach der altersgemäÙen Aufteilung der alleinreisenden Männer im Alter von 18 bis 65 Jahren, insbesondere der unter bzw. über 30-jährigen. (Anlage 02: Überarbeitete Präsentation mit der altersmäßigen Aufteilung der 18 bis 65-jährigen)

Stv. Richter betont, dass mit großer Ruhe, Sachlichkeit und Besonnenheit den andernorts aufgetretenen Schwierigkeiten im Umgang mit jungen Männern hinsichtlich unserer gesellschaftlichen Normen zu begegnen sei. Er hält die Integration von Familien für weniger problematisch. Vor dem Hintergrund der Integrationsaufgabe sei der Zuzug zu begrenzen und zu steuern. Menschen auf der Flucht seien nicht aufzuhalten und ihre Zahl erhöhe sich fortlaufend. Die Politik müsse hierauf Antworten finden.

Bürgermeister Schulze Hessing ergänzt, die Asylverfahren zur Entlastung der angespannten Situation seien zu beschleunigen. Es sei konsequent zu handeln, um für diejenigen, die bleiben dürften, eine Perspektive zu entwickeln.

Stv. K. Kindermann weist darauf hin, dass Konzepte zur Lösung der offenkundigen Probleme im Umgang mit Frauen zu entwickeln seien.

Bürgermeisterin Schulze Hessing schließt, dass die Situation nicht ohne die ehrenamtliche Unterstützung der zahlreichen ehrenamtlichen Helfer/innen zu bewältigen sei.

zu 14 Neubestellung der Landschaftswacht Vorlage: T 2016/001

Beschluss:

Der Rat nimmt die verwaltungsseitige Meldung der Kandidaten für das Amt der Landschaftswacht zur Kenntnis und spricht auf der Grundlage des aktuellen Schreibens der Weseker Vereine die Empfehlung aus, für den Bezirk IV Herrn Stefan Pölling, Ludgeristraße 5, 46325 Borken-Weseke, als neuen Landschaftswart zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

37 Ja-Stimmen

zu 15 CDU-Antrag - Katzen in Borken - Änderung des Landesjagdgesetzes

Stv. Richter stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, über die Auswirkungen durch das geänderte Landesjagdgesetz insbesondere im Hinblick auf Katzen in Borken zu beraten. Es wird ein dementsprechender Arbeitsauftrag an die Verwaltung erteilt.

Bürgermeisterin Schulze Hessing möchte das Thema in der nächsten Ratssitzung behandeln und Handlungsempfehlungen aufzeigen.

Beschluss:

Die Beratung über den CDU-Antrag über die Auswirkungen des geänderten Landesjagdgesetzes, insbesondere im Hinblick auf Katzen in Borken, soll in der

nächsten Ratssitzung erfolgen. Die Verwaltung erhält den Arbeitsauftrag zur Aufbereitung dieses Themas.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

37 Ja-Stimmen

**zu 16 Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW zur Sicherung des Schulwegs in
Weseke, Kreuzung Borkenwirtherstraße/Königsweg/Friedhofstraße**

Bürgermeisterin Schulze Hessing weist darauf hin, dass der Bürgerantrag der Eltern der Schülerinnen und Schüler der Roncalli-Schule Weseke aufgrund der Eilbedürftigkeit als Tischvorlage (Anlage 03) ausgelegt sei, um zur Beschleunigung des Verfahrens in heutiger Sitzung die Verweisung an die Verkehrsrunde und den zuständigen Ausschuss zu beschließen.

Beschluss:

Der Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW zur Sicherung des Schulwegs im Bereich Weseke, Kreuzung Borkenwirtherstraße/Königsweg/Friedhofstraße wird an die Verkehrsrunde und den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

37 Ja-Stimmen

zu 17 Mitteilungen und Anfragen

sh. Unterpunkt

zu 17.1 INTERREG-Projekt Deutschland-Niederlande

Bürgermeisterin Schulze Hessing informiert über das INTERREG-Projekt „Sprich deine Nachbarsprache“. Schuldirektorin a. D. Frau Schwarz habe die Jodocus Nünning Gesamtschule bereits für dieses Projekt gewinnen können. Sie fragt an, ob seitens der Stadt Borken Interesse bestehe, sich unter Kostenbeteiligung von jährlich 2.000 € für 4 Jahre an dem Projekt zu beteiligen. **Bürgermeisterin Schulze Hessing** registriert allgemeine Zustimmung.

gez.

Schulze Hessing
Bürgermeisterin

gez.

Wensing
Schriftführerin